

Protokoll über die Sitzung Nr. 1/2024 des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 22. Januar 2024, um 14:00 Uhr im Ratssaal der Stadt Wilhelmshaven

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder SPD-Fraktion

Beigeordneter Volker Block

Ausschussmitglied Christina Heide

Beigeordneter Detlef Schön

Mitglieder CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann

Ausschussmitglied Jens Stoffers

Stellv. Ausschussvorsitzende Astrid Zaage

Mitglieder Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Stefan Becker

Beigeordneter Markus Bulla

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglieder Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhart

Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied AfD-Fraktion

Ausschussmitglied Thorsten Moriß

Es fehlte entschuldigt

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

als Gäste

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Helga Weinstock

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns

Stadtbaurat Niksa Marusic

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt

Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination

Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination

Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen

Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 23.10.2023
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Benutzungs- und Gebührensatzung Fahrradstation Nordseepassage **5/2024**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **1/2024**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Sparkasse Wilhelmshaven - öffentlicher Auftrag im kommunalen Umfeld - Gast: Vorstandsvorsitzender Holger Sothmann
- 6.2 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung
- 6.3 Sachstand Tourismuskonzept
- 6.4 Entwicklung der Ratsarbeit

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Heinemann**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Feist verkündete, dass die Tagesordnungspunkte 6.1 „Sparkasse Wilhelmshaven – öffentlicher Auftrag im kommunalen Umfeld“ und 6.3 „Sachstand Tourismuskonzept“ auf die nächsten Sitzungen verschoben werden.

Die geänderte Tagesordnung wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 23.10.2023

Herr Tönjes kritisierte, dass das Protokoll nicht fristgerecht zur Verfügung gestellt worden sei. Daher werde er gegen die Genehmigung stimmen.

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen vom 23.10.2023 wurde mit 11 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Benutzungs- und Gebührensatzung Fahrradstation Nordseepassage **5/2024**

Herr Marušić führte in die Beschlussvorlage ein und berichtete aus den vorherigen Beratungen in den anderen Fachausschüssen.

Herr Schaar brachte einen Änderungsantrag im Namen der Ratsgruppe GRÜNE und GfW ein. Demnach soll der §6 um einen neuen Punkt ergänzt werden. Dieser Punkt beinhalte ermäßigte Gebühren (Unterstellung eines Fahrrads je Jahr: 60 €, Nutzung eines Schließfaches je Jahr: 50 €) für Personen mit Einschränkungen (hier mind. GdB 50%), Studierende und Schüler_innen sowie Inhaber_innen der Wilhelmshavener EhrenamtsCard.

Herr Becker bat um eine kurze Sitzungspause, damit der Änderungsantrag intern diskutiert werden könne.

Daraufhin wurde die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Herr Schön teilte mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmt, jedoch darum bittet, dass die Bezeichnung Studierende zu Student_innen geändert wird.

Herr Schaar sagte, dass er mit der redaktionellen Änderung der SPD-Fraktion einverstanden sei.

Herr Walpurgis, Frau Zaage und **Herr Bulla** sprachen sich ebenfalls für den Änderungsantrag aus.

Herr Moriße vertrat die Auffassung, dass die angedachten Gebühren schon günstig genug seien und eine weitere Ermäßigung nicht notwendig sei.

Der Änderungsantrag der Ratsgruppe GRÜNE und GfW wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Herr Dr. Schulte kritisierte teilweise die Formulierungen in der Satzung. Unter anderem zeigte er sich verwundert darüber, dass eine Regelung über die Entfernung von nicht abgeholten Fahrräder enthalten ist.

Herr Marušić entgegnete, dass es tatsächlich vorkommt, dass Fahrräder von diversen Abstellorten nicht wieder abgeholt werden. Die „vergessenen“ Fahrräder werden dann an das Fundbüro übergeben.

Herr Weithöner schlug vor, dass zukünftig auch die Möglichkeit zur Unterbringung von Elektrorollern geschaffen werden könnte.

Herr Moriße erkundigte sich nach den jährlichen Kosten und den erwarteten Einnahmen für die Fahrradstation.

Herr Marušić erklärte, dass bisher keine Erfahrungswerte vorliegen und man daher nur Annahmen treffen könne. Demnach seien die laufenden Kosten bei einer mittleren Auslastung gedeckt.

Herr Walpurgis fragte, ob es im Vorfeld einen Erfahrungsaustausch mit den Niederlanden gegeben habe. Dies wurde von **Herrn Marušić** verneint.

Frau Heide hinterfragte, wie der Sachstand bezüglich des direkten Zugangs zum Bahngleis sei.

Herr Marušić antwortete, dass man in guten Gesprächen mit der deutschen Bahn sei, diese allerdings lange Entscheidungswege hätten.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** sagte **Herr Marušić**, dass die Eröffnung der Fahrradstation schnellstmöglich erfolgen soll, aktuell jedoch noch kein Termin vereinbart sei.

Im Anschluss wurde über die geänderte Beschlussvorlage abgestimmt. Dieser wurde mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für die Fahrradstation in der NordseePassage.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA

1/2024

Herr Heinemann trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich für die Spenden.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Sozialfond e.V. c/o Christa Drees-Behrens Franz-Radziwill-Weg 7 26389 Wilhelmshaven	1.500,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
2. Herr Günter Storck Mühlenweg 156 26384 Wilhelmshaven	200,00 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Müller hielt einen Vortrag über verschiedene Themen.

Aufstellung Doppelhaushalt 2025/2026

Zunächst berichtete er über den Ablauf der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2025/2026. Wesentliche Eckpunkte waren hierbei die Mittelanmeldungen der Fachbereiche Mitte April, die Budgetgespräche Ende Juni, die Beratungen im Verwaltungsvorstand bis Ende September, die Klausurberatungen am 25. und 26. Oktober und der Ratsbeschluss am 27. November. **Herr Müller** betonte, dass im Rahmen der Ausschusssitzungen laufend über das Verfahren berichtet wird.

Herr Becker kündigte an, dass seine Ratsgruppe einen Antrag stellen wird, dass die Klausurberatungen nicht gemeinsam mit allen Ratsparteien stattfinden sollen.

Herr Oberbürgermeister Feist erläuterte, dass noch keine Ausgestaltung der Klausurberatungen besprochen worden sei, hier gehe es lediglich um den Terminplan. Die Verwaltung habe vor sich bezüglich der Gestaltung bis Ende Februar Gedanken zu machen und sei für Vorschläge aus dem Rat offen.

Herr Burkhardt fragte, wann der Rat darüber informiert wird, ob ein Haushaltssicherungskonzept notwendig sein wird.

Herr Müller antwortete, dass laufend über den Sachstand informiert werden soll und man hoffe, dass früh erkennbar wird, ob die Aufstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes erforderlich wird.

Herr Block und **Frau Weinstock** sprachen sich dafür aus Klausurwochenenden, wie früher üblich, stattfinden zu lassen.

Entwicklung Verbundsteuern

Herr Müller stellte die Entwicklung der Verbundsteuern dar. Nach den neuen Schlüsselzahlen ab dem 01.01.2024 fällt der Anteil an der Einkommensteuer jährlich geschätzte 400.000 € geringer aus. Der Anteil an der Umsatzsteuer reduziert sich schätzungsweise ebenfalls um 200.000 € jährlich. Dies liegt an den schlechten Entwicklungen von veranlagter Lohn- und Einkommensteuer, Gewerbesteueraufkommen, der Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und Entgelte im niedersächsischen Vergleich. Die erwarteten Mindererträge können voraussichtlich im geringem Maß über den Finanzausgleich kompensiert werden.

Haushaltssperre 2024

Herr Müller informierte über die Haushaltssperre im Jahr 2024, welche am 14.12.2023 verhängt wurde. Die Sperre beträgt je 17 % der Kontengruppen 42 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und 44 (sonstige ordentliche Aufwendungen). Er trug auch die Ausnahmen zu dieser Sperre vor und erklärte, dass weitere Ausnahmen in Einzelfällen unterjährig beantragt werden können.

Herr Bulla fragte, ob die Sperre automatisch aufgehoben wird, sobald ein finanzieller Puffer erkennbar sei.

Herr Müller entgegnete, dass eine vollständige Aufhebung sehr unwahrscheinlich sei. Die Sperre könnte jedoch prozentual an neue Kenntnisse angepasst werden.

Herr Becker erkundigte sich, wie lange die Sperre bestehen bleiben wird und wie es um die Finanzierung des Krankenhauses steht.

Herr Bruns erklärte, dass man derzeit davon ausgehe, dass die Finanzierung des Krankenhauses weiter notwendig ist. Die Sperre bleibt weiterhin bestehen.

Besteuerung Ferienwohnungen

Herr Müller erläuterte, dass der Steuergegenstand das Innehaben einer Zweitwohnung zum Zweck der persönlichen Lebensführung ist. Bisher habe die Zweitwohnungssteuer-Satzung keine Staffelung der Steuer vorgesehen, daher wurde aufgrund des Grundsatzes der Steuergerechtigkeit auf die Besteuerung von Ferienwohnungen verzichtet. Grundsätzlich besteht keine Steuerpflicht sofern die Ferienwohnung nicht zur persönlichen Lebensführung zur Verfügung steht. Die Steuerhöhe sinkt bei höherer Vermietung oder Einschränkung der Eigennutzungsmöglichkeit.

Herr Schön hinterfragte, wie die Nutzung einer Wohnung überprüft werden soll.

Herr Müller sagte, dass dies im Rahmen einer Steuererklärung benannt werden muss und man außerdem diverse Möglichkeiten habe zu überprüfen, ob eine Ferienwohnung vermietet oder selbst genutzt wird.

Herr Weithöner, Herr Bulla und **Frau Weinstock** erkundigten sich nach verschiedenen Fallkonstellationen.

Herr Müller antwortete, dass noch nicht jede einzelne Ausgestaltung benannt werden kann und einige Sachverhalte noch überprüft werden. Sollte jemand mehrere Objekte besitzen, besteht trotzdem grundsätzlich für alle Objekte eine Steuerpflicht. Falls jemand ein Objekt anmietet und dieses als Ferienwohnung weitervermietet, ist diese Person steuerpflichtig und nicht der Eigentümer.

Herr Fischer wies darauf hin, dass Ferienwohnungen gewerblicher Art baurechtlich angemeldet werden müssen, da diese nicht in allen Gebieten erlaubt seien und besondere Vorschriften gelten. Er regt an, dass Thema im Ausschuss für Planen und Bauen zu besprechen.

Herr Tönjes stellte fest, dass bei vielen die Sorge erkennbar sei, dass durch Ferienobjekte Wohnungen vom Wohnungsmarkt entzogen werden. Dazu merkte er an, dass es das Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum gebe.

Herr Müller ergänzte, dass die Stadt Wilhelmshaven aktuell nicht die benötigten Voraussetzungen für die Maßnahmen aus dem genannten Gesetz erfülle. Die Verwaltung habe dieses jedoch im Blick.

6.1 Sparkasse Wilhelmshaven - öffentlicher Auftrag im kommunalen Umfeld - Gast: Vorstandsvorsitzender Holger Sothmann

-verschoben -

6.2 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-keine Wortmeldungen-

6.3 Sachstand Tourismuskonzept

-verschoben -

6.4 Entwicklung der Ratsarbeit

Frau Muth hielt einen Vortrag über die Entwicklung der Ratsarbeit. Sie berichtete wie sich die Anzahl der Sitzungen, der Beschlussvorlagen, der Anträge, der Anfragen und der Auskunftersuchen seit 2019 entwickelt hat. Auch zeigte sie auf, dass die Gesamtdauer der Sitzungen in 2023 bei 81,55 Stunden betragen habe, in Jahr 2014 zum Beispiel betrug die Gesamtdauer noch 50,75 Stunden. Mittlerweile sei eine Pausenregelung eingeführt worden, so dass in 2023 insgesamt 9,88 Stunden Pausen enthalten sind (in 2014 nur 2,67 Stunden).

Die **Herren Walpurgis, Tönjes** und **Becker** betonten, dass der Rat in den letzten Jahren vielfältiger geworden sei und die Anzahl der Parteien enorm gestiegen sei. Die vielen Anträge und Anfragen seien ein gutes Zeichen und würden dafürsprechen, dass die Demokratie gelebt wird.

Herr Tönjes schlug vor, dass die Vorlagen zu den Anfragen zukünftig mit 700er Nummern beginnen könnten.

Herr Bulla erkundigte sich, wer für die Pflege der Beschlussverfolgung im Ratsinformationssystem zuständig sei.

Frau Muth berichtete, dass der jeweilige Ausschussbetreuende dafür zuständig sei. Sollte die Beschlussverfolgung nicht auf dem neuesten Stand sein, könne man diesen gerne einen Hinweis geben.

Herr Moriße bat um Informationen zu den Fraktionszuschüssen.

Herr Oberbürgermeister Feist verwies auf die Möglichkeit eine Anfrage gem. § 56 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz zu stellen. Je konkreter die Fragen umso konkreter könne die Beantwortung erfolgen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 15:36 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Heinemann
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin